

Wann, wenn nicht jetzt? Erklärung zur Politischen Bildung in den Schulen

Ergebnisse einer Grundsatztagung* der Universität Kassel und der Evangelischen Akademie Hofgeismar im Oktober 2018:

Gesellschaften in Europa driften auseinander, Parteiensysteme sind erschüttert, globale Entwicklungen verursachen Ängste und Verunsicherung. Viele Menschen suchen Antworten im Rückzug auf nationale Räume, illiberale und autoritäre Führungen. Menschenverachtung und Hass verbreiten sich in den vermeintlich „sozialen“ Medien. Diskriminierungen, Menschenfeindlichkeit, die Relativierung der NS-Verbrechen und Antisemitismus finden sich nicht nur „an den Rändern“, sondern auch „in der Mitte“ der Gesellschaft. Eine große Distanz und Ablehnung von politischen Akteuren, Institutionen, Medien und öffentlichen Diskursen bedrohen demokratische Verfahren. Diese Phänomene spiegeln gesellschaftliche Konflikte und verweisen zugleich auf offenkundige Defizite und einen dringenden Handlungsbedarf zur Stärkung Politischer Bildung in der Schule. Mit häufig lediglich einer Unterrichtsstunde/Woche ab Klasse 8, die in Haupt- und Realschulen sowie in beruflichen Schulen zwischen 50 und 80% fachfremd unterrichtet wird, können Schulen ihren demokratischen Bildungsauftrag nicht gerecht werden.

Die folgenden Forderungen richten sich an bildungspolitische Akteure in den Landtagen, Fachverbänden und Gewerkschaften sowie an Universitäten, Studienseminare, Aus- und Weiterbildungsinstitutionen. Sie stellen den Auftakt einer längst überfälligen öffentlichen Debatte zur dringend notwendigen Stärkung und Professionalisierung Politischer Bildung in allen Schulformen dar. Die Empfehlungen und Forderungen wurden im Rahmen einer Arbeitstagung von Vertreter*innen aus den Arbeitsfeldern der schulischen, universitären und außerschulischen Politischen Bildung erarbeitet.

Die Unterzeichner*innen rufen dazu auf, eine breite Diskussion darüber zu führen, wie Schulen ihren Verfassungsauftrag verwirklichen können: Demokrat*innen zu bilden, die gut ausgestattet mit politischer und gesellschaftswissenschaftlicher Bildung sind, deren Wahrnehmung und Bereitschaft zur Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte entwickelt wurde, um sich damit aktiv in unsere Demokratie einzumischen.

Zusammenfassende Forderungen (Kurzfassung):

- (1) Politische Bildung muss ab der frühkindlichen Bildung durch demokratische Partizipation der Kinder beginnen. Von der Primarstufe, über die Sekundarstufen, bis hin zur beruflichen Bildung müssen die Fächer der Politischen Bildung durchgehend von fachlich qualifizierten Lehrkräften unterrichtet werden.
- (2) Politische Bildung ist mehr als ein Unterrichtsfach. Sie ist sowohl fachspezifisches, fächerübergreifendes und projektorientiertes Lernen, aber auch Unterrichtsprinzip und Aufgabe demokratischer Schulkultur und -entwicklung. Zur Umsetzung dieser Aufgaben müssen curriculare Freiräume und deutlich mehr zeitliche und personelle Ressourcen bereitgestellt werden.

*Die Tagung wurde
gefördert von:



BGAG-Stiftung
Walter Hesselbach



- (3) Um Politische Bildung in der Grundschule strukturell besser zu verankern, bedarf es einer Stärkung des Sachunterrichts als den genuinen Ort der Politischen Bildung auf allen Ebenen (curricular, universitäre Ausbildung, Fort- und Weiterbildung).
- (4) Der häufig praktizierte fachfremde Unterricht kann in der Politischen Bildung und im Sachunterricht ebenso wenig akzeptiert werden wie in anderen Fächern. Es müssen dringend qualifizierte Lehrkräfte in allen Schulformen eingestellt werden.
- (5) Politische Bildung muss in allen Schulformen gestärkt werden. Für die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer (d.h. Politik, Wirtschaft, Recht, Gesellschaft/Sozialkunde/Soziologie, Geschichte, Geographie) müssen insgesamt deutlich mehr Unterrichtsstunden, in der Sekundarstufe I sechs Stunden/Woche in jedem Schuljahr zur Verfügung stehen.
- (6) Die Aufgaben Politischer Bildung können nicht mit einem Lehrdeputat von 24 bis 28 Stunden/Woche realisiert werden. Eine deutliche Stundenreduzierung ist unabdingbar.
- (7) Für Lehrkräfte in der Politischen Bildung und dem Sachunterricht besteht ein besonderer Bedarf kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung. Dafür müssen die Angebote deutlich ausgeweitet und für Lehrkräfte verbindlich werden. Dies gilt insbesondere für den hohen, nicht akzeptablen Anteil von Lehrkräften, die Politische Bildung fachfremd unterrichten. Entsprechende personelle, räumliche, zeitliche und finanzielle Ressourcen müssen dringend aufgestockt werden.
- (8) Wir fordern Kultusministerien dazu auf, Lehrkräfte, die Universitäten und Studienseminare mit einem Abschluss der Fächer Sachunterricht, Politik, Sozialkunde, Gesellschaftswissenschaften, Geschichte und Geographie verlassen, genauso vorrangig in den Schulen einzustellen, wie dies in den letzten Jahren für andere Fächer z.B. im MINT-Bereich galt.
- (9) Die Studienzeiten für die Lehramtsstudiengänge der Grund-, Haupt- und Realschule sind in allen Bundesländern auf das Niveau von Masterstudiengängen für das Lehramt an Gymnasien (10 Semester) anzugleichen.
- (10) Entsprechend ist eine Gleichstellung der Gehälter aller Lehrämter dringend geboten. Es ist in keiner Weise zu rechtfertigen, dass die Anforderungen und Qualifikationen im Primarbereich oder an Haupt-, Real-, Gesamt-, Förder- und Berufsschulen weniger anspruchsvoll sind als diejenigen an Gymnasien.

Initiator*innen:

Achim Albrecht, Päd. Leiter i.R., Universität Kassel
Andreas Eis, Prof. Dr., Universität Kassel
Uwe Jakubczyk, Studienleiter, Evangelische Akademie Hofgeismar
Bernd Overwien, Prof. Dr., Universität Kassel
Charlotte Röhner, Prof. Dr., Goethe Universität Frankfurt/Main

Mitautor*innen und Erstunterzeichner*innen: siehe Seite 8

Kontakt: Samuel Seip: erklaerung.politische-bildung@uni-kassel.de

**Wenn Sie diese Erklärung unterstützen möchten, melden Sie sich bitte bei uns.
Wir nehmen Sie gerne als Unterzeichner*in auf.**

Wann, wenn nicht jetzt? Erklärung zur Politischen Bildung in den Schulen (Langfassung)

Politische Bildung bedarf kompetenter, professionell ausgebildeter Lehrer*innen, um die von den Landesverfassungen und in Bildungsplänen vorgegebenen Ziele verwirklichen zu können. Die Verfassungen und Schulgesetze aller Bundesländer verpflichten zu allgemeinen Bildungszielen, die sich der Politischen Bildung widmen.

Politische Bildung ist Demokratie lernen und beginnt bereits mit der politischen Sozialisation in der frühkindlichen Bildung und der Politischen Bildung im Sachunterricht der Grundschule. Politische Bildung vermittelt gesellschaftliches Orientierungswissen. Sie befähigt junge Menschen zu demokratischer Handlungsfähigkeit. Sie fördert die Fähigkeiten zum Perspektivwechsel, zur Analyse und zum argumentativen Austragen von Konflikten, zur Selbstreflexion, zur Verantwortungsübernahme und zum Umgang mit Vielfalt, Widersprüchen und Uneindeutigkeiten. Sie fördert die Fähigkeit, Medienprodukte zu analysieren, einzuschätzen und bewerten zu können. Sie qualifiziert die Lernenden zur politischen Mitwirkung in sozialer, politischer und ökologischer Verantwortung in Politik, Gesellschaft und Unternehmen. Dabei ist Politische Bildung nicht neutral, sondern sie tritt für Werte und Ziele im Rahmen des Grundgesetzes und der Menschenrechte ein.

Im Sinne dieser Bildungsziele ist es Aufgabe aller Schulformen, politische Fähigkeiten, demokratische Einstellungen und Haltungen von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln: „Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss.“ (O. Negt) Dieser Aufgabe muss sich Politische Bildung als Fachunterricht und die Schule als Ganzes stellen: in der Gestaltung des Unterrichts, ihres Alltags, ihrer demokratischen Schulkultur, im konsequenten Eintreten gegen Rassismus, Antisemitismus und Gewalt ebenso wie in der Erziehung zur Gleichberechtigung der Geschlechter.

Die Wirklichkeit widerspricht vielfach diesen Zielsetzungen und rechtlichen Verpflichtungen. Politische Bildung in der Schule bedarf eines neuen Anstoßes durch breite Diskussionen in den Medien, in Initiativen und Organisationen der Zivilgesellschaft ebenso wie in den Landtagen und Landesregierungen.

Spezifische Herausforderungen und Aufgaben sehen wir aktuell u.a. in folgenden Bereichen:

I Politische Bildung als verbindlicher Teil des Sachunterrichts in der Grundschule

Die Kindheit ist ebenso wie die Jugend kein politikfreier Raum. Empirische Studien belegen, dass Kinder bereits ab der frühen Kindheit in der Lage sind, politische Prozesse zu verstehen und zu beurteilen. Sie haben nachgewiesenermaßen ein hohes Interesse an politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen. Daran gilt es im Fach Sachunterricht anzuknüpfen. Sachunterricht ist der genuine Ort für Politische Bildung in der Grundschule. Die Inhalte Politischer Bildung im Sachunterricht müssen altersgerecht vermittelt werden. Dafür braucht es gut ausgebildete Sachunterrichtslehrkräfte, in deren Studium die Politische Bildung als verbindlicher Teil integriert ist.

- (1) Es bedarf dringend einer konzeptionellen Überarbeitung aller bundesweit geltenden Lehrpläne für das Fach Sachunterricht. Hierbei ist die Implementierung Politischer Bildung ab der 1. Klasse sowie die altersgemäße Aufarbeitung politisch relevanter Inhalte zu gewährleisten.

- (2) Politische Bildung ist gleichwertig mit naturwissenschaftlicher bzw. technischer Bildung in der Grundschule. Daher muss für das Studium Lehramt an Grundschulen insbesondere für das Fach Sachunterricht eine Gleichwertigkeit der Politischen Bildung mit den weiteren Perspektiven der Didaktik des Sachunterrichts etabliert werden.
- (3) Hochschulen müssen Sachunterricht ebenso als eigenständiges Studienfach anbieten wie bspw. das Fach Mathematik. Ebenso muss die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung in Politischer Bildung gegeben sein.
- (4) Wir fordern eine Implementierung und Realisierung von verbindlichen Fort- und Weiterbildungen zur Politischen Bildung im Sachunterricht für (fachfremd) unterrichtende Grundschullehrkräfte und Quereinsteiger*innen in Abstimmung mit der Ersten Phase der Ausbildung.
- (5) Um eine durchgehende Politische Bildung „von Anfang an“ gewährleisten zu können, müssen Konzepte erarbeitet werden, die die Übergänge von frühkindlicher Bildung, Primar- und Sekundarstufe I gestalten.
- (6) Zur (Weiter)Entwicklung, Erprobung und Evaluierung von Konzepten der Politischen Bildung im Primarbereich müssen ordentliche Professuren und dauerhafte Forschungsstrukturen im universitären Kontext bereitgestellt werden.

II Politische Bildung in der Sekundarstufe I sowie in der universitären Aus-, Fort- und Weiterbildung

Politische Bildung beginnt in der Sekundarstufe I in vielen Bundesländern erst in Klasse 8 oder 9, mit häufig lediglich einer Wochenstunde. Als Unterrichtsfach wird Politische Bildung zudem vielfach in Verbindung mit unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Disziplinen (z.B. Wirtschaft, Recht, Soziologie, Medienbildung), an Integrierten Gesamtschulen im Fach Gesellschaftslehre gemeinsam mit Geschichte und Geographie unterrichtet. Die anspruchsvollen fachlichen und interdisziplinären Aufgaben spiegeln sich weder im Stundenanteil Politischer Bildung, noch in der Einstellungspraxis und Qualifizierung der Lehrpersonen wider.

Insbesondere an Haupt-, Real- und Gesamtschulen werden Politische Bildung (u.a. gesellschaftswissenschaftliche Fächer) zwischen 50 und 80 % fachfremd unterrichtet, also von Lehrer*innen, die diese Fächer weder studiert, noch eine vergleichbare Weiterbildung absolviert haben. Auch an Gymnasien liegt der Anteil fachfremden Unterrichts in den Gesellschaftswissenschaften zwischen 20 und 30 %. Gleichzeitig erleben erfolgreiche Absolvent*innen, dass trotz akuten Mangels in den Fächern der Gesellschaftswissenschaften nur sehr wenig (unbefristete) Einstellungen erfolgen. Politische Bildung wird durch Schulleitungen und Schulverwaltung als Bildungsauftrag deutlich weniger wichtig gesehen, als die sogenannten MINT-Fächer, Sprachen u.a. berufsqualifizierende Disziplinen. Da unter diesen Bedingungen die Schulen ihren Bildungsauftrag nicht gerecht werden können, fordern wir:

- (1) In allen Bundesländern sollten verbindliche fachliche und fachdidaktische Ziele und Anforderungen für Lehrkräfte in der Politischen Bildung entwickelt werden. Diese fachliche Qualifikation wird durch Studium und Referendariat erworben. Fachfremd Unterrichtende müssen sich mindestens durch die Teilnahme an zertifizierten Weiterbildungsmaßnahmen qualifizieren.

- (2) Lehrkräfte an Schulen, v.a. an Integrierten Gesamtschulen, die ein integriertes Fach (Gesellschaftslehre) unterrichten, bedürfen besondere Angebote der Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- (3) Fächerübergreifendes, fächerverbindendes, problem- und projektorientiertes Lernen in offenen Lernumgebungen mit „fließenden Fächergrenzen“ ist eine zentrale Aufgabe Politischer Bildung, die in allen Schulen ermöglicht werden soll. Dafür benötigen Lehrkräfte Zeit und Raum für Kooperationen, Absprachen, gemeinsame Planungsteams sowie verbindliche Fort- und Weiterbildungen.
- (4) Für Kooperationen, Teamarbeit, verbindliche Fortbildungen, Beteiligung an Aufgaben demokratischer Schulentwicklung etc. benötigen Lehrkräfte mindestens ein Zeitbudget von 4-6 Stunden/Woche.
- (5) An Universitäten sollten keine Fächerkombinationen innerhalb der Gesellschaftswissenschaften ausgeschlossen werden, vielmehr sollte gerade diesen Kombinationen (z.B. Geschichte, Politik; Geografie, Politik; Geschichte, Geografie) eine besondere Einstellungsperspektive eröffnet werden. Für die Einstellung von Lehrkräften in der Politischen Bildung müssen verbindliche Korridore geschaffen werden.
- (6) Politische Bildung ist Aufgabe der gesamten Schule, um dies zu gewährleisten muss mindestens ein Modul der Politischen Bildung in der universitären Ausbildung aller Lehramtsstudierenden unabhängig der Fächerwahl verpflichtend sein.
- (7) Allen in der Politischen Bildung unterrichtenden Lehrkräften müssen regelmäßige Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten eröffnet werden. In den Bundesländern sollte dies sowohl als Fortbildungsrecht als auch als Pflicht fixiert werden (z.B. 1-2 Wochen/Jahr).
- (8) Fortbildungen sollten (möglichst durchgängig) von multiprofessionellen Teams (aus Wissenschaft, Fachleiter*innen, Fachlehrkräften und ggf. außerschulischen Bildungsakteuren) durchgeführt werden.
- (9) Angebote für Fort- und Weiterbildungen müssen auch dezentral im ländlichen Raum angeboten werden. Zudem sollten sowohl schulinterne als auch schulformübergreifende Angebote gemacht werden.

III Politische Bildung im berufsbildenden Bereich

In Deutschland besuchen ca. Dreiviertel der Menschen im Verlauf ihres Lebens eine berufsbildende Schule. Die berufsbildenden Schulen sind eine zentrale gesellschaftliche Integrationsinstanz (z.B. Menschen mit Fluchthintergrund, aus sozioökonomisch benachteiligten Herkunftsmilieus). Sie tragen erheblich dazu bei, die Strukturen sozialer Ungleichheit abzubauen, die auch im Feld der Politischen Bildung, der politischen Teilhabe und Mitwirkung besteht. Berufsbildende Schulen sind für viele Menschen der letzte Ort der Begegnung mit institutioneller Politischer Bildung. Politische Bildung im berufsbildenden Schulsystem ist zudem von großer Bedeutung für die Lernenden, weil das Bedürfnis an politisch-gesellschaftlichem Orientierungswissen in der biografisch fordernden Übergangsphase von der Schule in die Arbeitswelt stark ausgeprägt ist. Politische Bildung unterstützt die Lernenden beim Übergang in die Arbeitswelt und bei der demokratischen Gestaltbarkeit von Wirtschaftsprozessen (z.B. der betrieblichen Mitbestimmung).

Politik, Gesellschaft und Wirtschaft haben ein erhebliches Interesse daran, dass Bürger*innen, Mitmenschen und Beschäftigte in sozialer Verantwortung demokratisch handlungsfähig sind und ihr Handeln in Gesellschaft und Beruf politisch einordnen sowie reflektieren können. Stabile politische Verhältnisse, die Achtung der Grund- und Menschenrechte, demokratiefähige Arbeitnehmer*innen sind für Unternehmen in Deutschland ein wichtiger Wirtschaftsfaktor (Standortvorteil, Betriebsfrieden, Wettbewerbsfähigkeit).

Um diesem Bildungsauftrag gerecht werden zu können, fordern wir:

- (1) Politische Bildung muss systematisch und gleichwertig curricular in den beruflichen Lernfeldern, Lernsituationen und auch in den Kammerprüfungen verankert werden. Entsprechend muss das Stundendeputat für Politische Bildung, das in den letzten Jahren in vielen Stundentafeln gekürzt wurde, ausgeweitet werden.
- (2) Allgemeine und berufliche Bildung sind gleichwertig zu gewichten und müssen den ganzheitlichen Bildungsauftrag der berufsbildenden Schulen erfüllen.
- (3) Eine Orientierung am didaktischen Prinzip der Subjektorientierung ist unverzichtbar, um den gesellschaftlichen Lern- und Reflexionsbedürfnissen der Schüler*innen gerecht werden zu können.
- (4) Die Gleichberechtigung des berufsbildenden Schulsystems mit den Kammern/Betrieben in der beruflichen Bildung muss gewährleistet werden. Berufsschulen sind Partner der Kammern und Betriebe, keine Dienstleister.
- (5) Die universitäre Lehrkräftebildung für Politische Bildung an berufsbildenden Schulen muss ausgebaut werden, um den hohen Anteil fachfremd unterrichtender Lehrkräfte drastisch zu reduzieren.
- (6) Schulen müssen aufgefordert werden, einschlägig qualifizierte Lehrkräfte für Politische Bildung einzustellen. Zugleich müssen, analog zum technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, Werbekampagnen zur Gewinnung des Lehrkräftenachwuchses initiiert werden.
- (7) Forschungsförderprogramme zur Politischen Bildung und politischen Sozialisation im berufsbildenden Bereich müssen etabliert werden.

IV Politische Bildung als Aufgabe zur Entwicklung einer demokratischen Schulkultur, Kooperation mit außerschulischen Partnern

Allgemeinbildende Schulen sind Institutionen, in denen Kinder und Jugendliche aus allen Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlichen sozialen Hintergründen, kulturellen und weltanschaulichen Prägungen sowie individuellen Bedürfnissen gemeinsam lernen. Politische Bildung versteht sich nicht allein als Unterrichtsfach, sondern ist Auftrag der gesamten Schule. Demokratie lernen beginnt in der sozialen Alltagswelt von jungen Menschen und muss auch durch die Entwicklung einer demokratischen Schulkultur erfahrbar werden. Dabei gilt es insbesondere, bestehende Benachteiligungen, ungleiche Zugänge und soziale Ausschlüsse zu reflektieren sowie Barrieren abzubauen.

Diesen Aufgaben muss sich Politische Bildung als Querschnittsaufgabe von Schule und Erziehung widmen, d.h. als Unterrichtsprinzip für alle Fächer, in der konsequenten Umsetzung von Kinderrechten, durch wirksame und transparente Formen der Mitbestimmung sowie in der Öffnung von Schulen in die Kommunen und die Zivilgesellschaft. Erfahrungen des sozialen und politischen

Engagements werden in Schulen durch Kooperationen mit außerschulischen Partnern ermöglicht. Um diese Zusammenarbeit strukturell zu verstetigen und um Praxiserfahrungen an fachliches Lernen rückbinden zu können, bedarf es entsprechender Unterstützung und Ressourcen.

- (1) Die Öffnung von Schulen zu außerschulischen Lernorten und die Kooperation mit außerschulischen Partnern muss strukturell verankert, verstetigt und finanziell abgesichert werden.
- (2) Die Schüler*innenvertretung bedarf systematischer Beratung und finanzieller Ausstattung.
- (3) Für eine demokratische und rassismuskritische Schulentwicklung müssen die Schulen mehr personelle und finanzielle Möglichkeiten der externen Beratung und Begleitung in Anspruch nehmen können.
- (4) Schulinterne Fortbildungen müssen zur Demokratieentwicklung in der Schule sowie zu Kooperationen und projektorientierten Lernangeboten implementiert werden.
- (5) Die Schulsozialarbeit sowie die reale Mitwirkung von Schüler*innen, Lehrenden und Eltern müssen als selbstverständliche Einrichtungen an jeder Schule und als unverzichtbare Teile der demokratischen Schulentwicklung institutionalisiert werden.
- (6) Politische Bildung muss immer als Politische Bildung in der Migrationsgesellschaft gedacht und umgesetzt werden. Dazu gehören angemessene Vorbereitungen in Aus-, Fort- und Weiterbildung.
- (7) Schwerpunkte und Inhalte außerschulischer Politischer Bildung bedürfen einer stärkeren Berücksichtigung in der universitären Lehre und Forschung. Dazu gehört die Einrichtung von Professuren für politische Jugend- und Erwachsenenbildung sowie die Kooperation von Schule und außerschulischen Partnern als Teil der Lehrkräftebildung.

Mitautor*innen und Erstunterzeichner*innen:

Prof. Dr. Bettina Zurstrassen, Vorsitzende der DVPB NRW, Universität Bielefeld
Dr. Alexander Wohnig, Heidelberg School of Education
Prof. Dr. Andrea Becher, Universität Paderborn
Prof. Dr. Eva Gläser, Universität Osnabrück
Prof. Dr. Anja Besand, Technische Universität Dresden
Prof. Dr. Bernd Overwien, Vorsitzender der DVPB Hessen, Universität Kassel
Prof. Dr. Andreas Eis, Universität Kassel
Achim Albrecht, Päd. Leiter i.R., Universität Kassel
Uwe Jakubczyk, Studienleiter, Evangelische Akademie Hofgeismar
Prof. Dr. Charlotte Röhner, Goethe Universität Frankfurt/Main
Dr. Ilka Hoffmann, Leiterin des Organisationsbereichs Schule in der GEW
Marlis Tepe, Vorsitzende der GEW
Gesine Bade, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Kassel
Samuel Seip, Student der Universität Kassel
Sanem Kleff, Leiterin, Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage
Dieter Schäckel, Ausbilder für das Fach PoWi, Studienseminar für Gymnasien in Kassel
Britta Schwingel, OStR, Elly-Heuss-Knapp-Schule Düsseldorf
Dr. Rolf Eckart, Mitglied der VfPB, LV Bayern und der GEW, München
Dr. Christian Gößinger, Universität Regensburg
Marcel Grieger, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Georg-August-Universität Göttingen
Igor Bastian, Fachlehrer, Berufliches Schulzentrum für Technik und Wirtschaft Pirna
Katharina Asen-Molz, M.A. Wiss. Mitarbeiterin, Lehrstuhl für Pädagogik/Grundschule, Universität Regensburg
Rolf B. Staudt, Diplompolitologe, Lehrer für Wirtschaft und Politik, Berater für Schulentwicklung, München
Anke Hartung, Fachleiterin für PoWi, Studienseminar für Berufliche Schulen, Kassel
Dr. Andreas Fächter, Fachleiter PoWi am Studienseminar für Gymnasien, Heppenheim
Anette Scharf, Lehrkraft, Gustav-Heinemann-Schule Hofgeismar
Horst Paul Kuhley, Kasseler Initiative NACHGEFRAGT
Prof. Dr. Gerhard Henke-Bockschatz, Goethe-Universität Frankfurt am Main
Dr. Markus Auditor, Universität Kassel
Julia Schätzlein, Studierende der Universität Kassel
Heinz-Jörg Kretschmer, Direktor Landesschulamt i.R. Hessen
Katharina Franke, Jugendbildungsstätte Ludwigstein
Marianne Huttel, Direktorin an der Hessischen Lehrkräfteakademie i.R.
Elisabeth Gessner, Kasseler Initiative NACHGEFRAGT
Carsten Müller, Referatsleiter Schulische Bildung der GEW Sachsen
Dipl. Hdl. Martina Schaub, Studiendirektorin i. K., Stift Cappel - Berufskolleg, Lippstadt
Viktoria Rieber, Doktorandin, PH Ludwigsburg
Tina Kruggel, Die Kopiloten e.V., Kassel
Dipl. Hdl. Karl-Friedrich Bätz M.A., Schulleiter
Ursula-Marlen Kruse, Landesvorsitzende GEW Sachsen
Bettina Eckert, Gustav-Heinemann-Schule Hofgeismar
Heiko Bohlen, Referendar, Berlin
Georg Müller, selbstständiger Bildungsreferent, Kassel
Bianca Dietz, Lehrerin
Stefan Kollmann, Leiter des gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichs am Wilhelmsgymnasium, Kassel
Swantje Dölle, Grundschullehrerin, (z.Zt.) Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Universität Kassel
Dr. Bernt Gebauer, Bensheim, DVPB Hessen
Clara Rienits, Sophie-Scholl-Schule, Berlin